

# ÖFFENTLICHES RECHT UND EUROPARECHT AKTUELL.



AUSGABE 14 | 05.04.2019

Institut für Europarecht | Institut für Verwaltungsrecht und Verwaltungslehre  
Redaktionelle Leitung: Assoz. Univ.-Prof. Dr. Franz Leidenmühler | Univ.-Prof. Dr. Michael Mayrhofer

## I. BUNDESGESETZBLATT

### [BGBl I 27/2019](#)

Kundmachung des Bundeskanzlers betreffend die **Berichtigung von Verlautbarungen** im Bundesgesetzblatt

### [BGBl I 28/2019](#)

Kundmachung des Bundeskanzlers über die Aufhebung des § 27 Abs. 10, des § 59 Abs. 3 Z 2 sowie von Wort- und Zeichenfolgen in § 59 Abs. 3 Z 1, § 117c Abs. 1 Z 6 und § 125 Abs. 4 des **Ärztegesetzes** 1998 durch den Verfassungsgerichtshof

### [BGBl II 88/2019](#)

Verordnung des Bundesministers für Verkehr, Innovation und Technologie, mit der die **Führerscheingesetz-Durchführungsverordnung** geändert wird (17. Novelle zur FSG-DV)

## II. AMTSBLATT DER EU

### [ABl L 88 v 29.03.2019, 42](#)

Empfehlung (EU) 2019/534 der Kommission vom 26. März 2019 **Cybersicherheit** der **5G-Netze**

### [ABl L 91 v 29.03.2019, 1](#)

Verordnung (EU) 2019/515 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 19. März 2019 über die gegenseitige **Anerkennung von Waren**, die in einem anderen Mitgliedstaat rechtmäßig **in Verkehr gebracht** worden sind und zur Aufhebung der Verordnung (EG) Nr 764/2008

### [ABl L 91 v 29.03.2019, 19](#)

Verordnung (EU) 2019/516 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 19. März 2019 zur **Harmonisierung des Bruttonationaleinkommens** zu Marktpreisen und zur Aufhebung der Richtlinie 89/130/EWG, Euratom des Rates und der Verordnung (EG, Euratom) Nr 1287/2003 des Rates (BNE-Verordnung)

#### [ABI L 91 v 29.03.2019, 25](#)

Verordnung (EU) 2019/517 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 19. März 2019 über die Durchführung und Funktionsweise der **Domäne** oberster Stufe **.eu**, zur Änderung und Aufhebung der Verordnung (EG) Nr 733/2002 und zur Aufhebung der Verordnung (EG) Nr 874/2004 der Kommission

#### [ABI L 91 v 29.03.2019, 36](#)

Verordnung (EU) 2019/518 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 19. März 2019 zur Änderung der Verordnung (EG) Nr 924/2009 in Bezug auf Entgelte für **grenzüberschreitende Zahlungen** in der Union und Entgelte für **Währungsumrechnungen**

#### [ABI L 91 v 29.03.2019, 42](#)

Verordnung (EU) 2019/519 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 19. März 2019 zur Änderung der Verordnung (EU) Nr 167/2013 über die **Genehmigung** und Marktüberwachung von **land- und forstwirtschaftlichen Fahrzeugen**

#### [ABI L 91 v 29.03.2019, 45](#)

Richtlinie (EU) 2019/520 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 19. März 2019 über die Interoperabilität **elektronischer Mautsysteme** und die Erleichterung des grenzüberschreitenden **Informationsaustauschs** über die Nichtzahlung von **Straßenbenutzungsgebühren** in der Union

## III. VFGH, VWGH, VERWALTUNGSGERICHTE

### A. VERFASSUNGSGERICHTSHOF

12.03.2019, [G 190/2018](#)

**KSchG; Elektrizitätswirtschafts- und -organisationsG**; keine Bedenken gegen die Kontrolle der **AGBs von Energieversorgern** durch die Regulierungsbehörde und die ordentlichen Gerichte; nebeneinander bestehende Kontrolle betrifft dieselben abstrakten Rechtsfragen – nicht jedoch dieselbe Rechtssache; keine Verletzung im Recht auf ein Verfahren vor dem gesetzlichen Richter auf Grund präziser Rechtsvorschriften hinsichtlich der Zuständigkeit der Regulierungsbehörde einer- und der ordentlichen Gerichte andererseits

### B. VERWALTUNGSGERICHTSHOF

19.12.2018, [Ra 2018/02/0107 ua](#)

**VStG; ArbeitsmittelVO**; Verhängung mehrerer Geldstrafen wegen Aufbewahrens bestimmter Prüfbefunde betreffend mehrerer kraftbetriebener Zugtüren nicht an deren jeweiligen Einsatzort, sondern am Heimatbahnhof des Zugs; bestraft wurde pro beanstandeter Tür; zur Beantwortung der Frage, ob eine **tatbestandliche Handlungseinheit** vorliegt, ist im Wege der delikt-spezifischen Tatbestandsauslegung zu prüfen, ob gleichartige Handlungen zu einer einzigen Tat zusammengefasst werden können; das Unterbleiben der Mitführung von Prüfbefunden für kraftbetriebene Türen an deren Einsatzort nach § 11 ArbeitsmittelVO – dem Fahrzeug – ist als tatbestandliche Handlungseinheit i.e.S. zu qualifizieren; es wäre somit nur eine Gesamtstrafe pro unterlassener Mitführung der Prüfbefunde am Einsatzort zu verhängen gewesen

27.02.2019, [Ra 2018/05/0054](#)

**AVG**; ggst ist die Abfallbehandlungsanlage in der Gemeinde L situiert; die **mündliche Verhandlung** fand in der Nachbargemeinde K statt, an deren Amtstafel die Anberaumung auch angeschlagen wurde; während die Gesetzesmaterialien keinen Aufschluss darüber geben, welche Gemeinde in § 41 Abs 1 AVG angesprochen ist, geht die Lehre zutreffend davon aus, dass damit jene Gemeinde gemeint ist, in deren Gebiet die Verhandlung stattfinden soll

28.02.2019, [Ra 2018/07/0446](#)

**AVG; WasserrechtsG;** § 107 Abs 1 dritter Satz WasserrechtsG sieht keine besondere Kundmachungsform vor, sondern wiederholt inhaltlich nur die Regelung des § 41 Abs 1 zweiter Satz AVG und des § 42 Abs 1 zweiter Satz leg cit, wobei Beispiele dafür angeführt werden, was (jedenfalls) als Kundmachung „auf sonstige geeignete Weise“ anzusehen ist; § 42 Abs 1 AVG verlangt für den Eintritt der Präklusion zwingend eine „**doppelte Kundmachung**“ der mündlichen Verhandlung; eine dieser Formen allein, so etwa die Kundmachung durch Anschlag an der Gemeindeamtstafel, genügt nicht; den Anforderungen der doppelten Kundmachung wurde damit nicht entsprochen

## C. VERWALTUNGSGERICHTE

LVwG Oö 29.01.2019, [LVwG-800249](#)

**GewO;** der Betrieb einer **Hundepension**, die zudem über Kundenparkplätze verfügt, ist geeignet, Nachbarn durch Lärm und Geruch zu belästigen sowie eine nachteilige Einwirkung auf die Beschaffenheit von Gewässern herbeizuführen; eine Hundepension ist daher als genehmigungspflichtige Betriebsanlage zu qualifizieren

LVwG Oö 05.02.2019, [LVwG-0750602](#)

**Niederlassungs- und AufenthaltsG;** eine bloß formale **Eheschließung** reicht nicht aus, um daraus **aufenthaltsrechtliche Wirkungen** zugunsten des ausländischen Ehegatten abzuleiten; erforderlich ist vielmehr das Vorliegen einer ehelichen Lebensgemeinschaft; eine eheliche Lebensgemeinschaft ist dann anzunehmen, wenn die Ehepartner erkennbar in einer dauerhaften, durch enge Verbundenheit und gegenseitigen Beistand geprägten Beziehung zusammenleben (wollen); dies kann nicht angenommen werden, wenn die Eheschließung der Bf bereits eine Woche nach dem erstmaligen Kennenlernen ihres Gatten stattfand und sie nach der Hochzeit lediglich zwei Wochen bis zu dessen Ausreise gemeinsam verbrachte

LVwG Oö 05.03.2019, [LVwG-151532](#)

**BundesstraßenG;** davon ausgehend, dass die Grundstücke der Bf allseits unbestritten dazu geeignet sind, den Bedarf an der Errichtung der A 26 (sog „**Westring**“) zu decken und das öffentliche Interesse an der Verwirklichung dieses Bauvorhabens im Interesse der Verbesserung der Sicherheit, Leichtigkeit und Flüssigkeit des Verkehrs (insb) im Stadtgebiet der Landeshauptstadt Linz ebenso unstrittig ist, erweist sich die **bescheidmäßig verfügte Enteignung** als rechtmäßig, zumal sich die Republik Österreich mehrfach erfolglos um eine rechtsgeschäftliche Einigung mit den Bf bemüht hatte und diese auch noch im Stadium des hg Verfahrens zu keiner gütlichen Einräumung der Autobahntunnel-Dienstbarkeiten gegen eine Entschädigung auf Basis der im Enteignungsverfahren eingeholten Bewertungsgutachten des Sachverständigen bereit waren

LVwG Oö 27.03.2019, [LVwG-050105](#)

**Oö KrankenanstaltenG;** im Verfahren zur Erteilung der **Errichtungsbewilligung für eine Krankenanstalt** kommt hinsichtlich der Bedarfsfrage lediglich dem Bewilligungswerber und den im Gesetz angeführten juristischen Personen des öffentlichen Rechts eine – zudem bloß eingeschränkte – Parteistellung zu, nicht jedoch den Betreibern von bereits bewilligten Krankenanstalten; dies deshalb, weil aus der Feststellung des Bedarfs und einer allenfalls daraus folgenden Bewilligung zur Errichtung und zum Betrieb einer Krankenanstalt lediglich wirtschaftliche Auswirkungen für die Betreiber von Krankenanstalten, nicht jedoch auch eine Verletzung von subjektiven Rechten resultiert; der Normzweck der Bedarfsprüfung besteht in der Aufrechterhaltung einer qualitativ hochwertigen, ausgewogenen und allgemein zugänglichen Gesundheitsversorgung und in der Wahrung des finanziellen Gleichgewichts des Systems der sozialen Sicherheit, nicht jedoch auch in einem Konkurrenzschutz

**Hinweis:** Die verlinkten Rechtssätze des LVwG Oberösterreich werden von diesem zur Verfügung gestellt. Die Langfassungen der Entscheidungen können etwa zwei Monate nach dem jeweiligen Entscheidungsdatum über die Homepage des LVwG Oberösterreich ([www.lvwg-ooe.gv.at](http://www.lvwg-ooe.gv.at)) abgerufen werden. In gesammelter Form können diese Rechtssätze in der Online-Zeitschrift „Spektrum der Rechtswissenschaft“ ([www.spektrum-der-rechtswissenschaft.at](http://www.spektrum-der-rechtswissenschaft.at); seit Jänner 2013) sowie im RIS eingesehen werden.

## IV. GERICHTSHOF DER EUROPÄISCHEN UNION

### A. GERICHTSHOF

#### [02.04.2019, verb Rs C-582/17 u C-583/17, H](#)

Vorlage zur Vorabentscheidung – Bestimmung des für die Prüfung eines Antrags auf **internationalen Schutz** zuständigen Mitgliedstaats – Verordnung (EU) Nr 604/2013 – Art 18 Abs 1 Buchst b bis d – Art 23 Abs 1 – Art 24 Abs 1 – Wiederaufnahmeverfahren – **Zuständigkeitskriterien** – Neuer, in einem anderen Mitgliedstaat gestellter Antrag – Art 20 Abs 5 – Laufendes Bestimmungsverfahren – **Zurückziehen des Antrags** – Art 27 – Rechtsbehelfe

#### [03.04.2019, Rs C-617/17, Powszechny Zakład Ubezpieczeń na Życie](#)

Vorlage zur Vorabentscheidung – Wettbewerb – Art 82 EG – Missbrauch einer beherrschenden Stellung – Verordnung (EG) Nr 1/2003 – Art 3 Abs 1 – Anwendung des **nationalen Wettbewerbsrechts** – Entscheidung der nationalen Wettbewerbsbehörde, mit der eine **Geldbuße** auf der Grundlage des nationalen Rechts und eine Geldbuße auf der Grundlage des Unionsrechts verhängt wird – Charta der Grundrechte der Europäischen Union – Art 50 – Grundsatz **ne bis in idem** – Anwendbarkeit

#### [03.04.2019, Rs C-266/18, Aqua Med](#)

Vorlage zur Vorabentscheidung – Verbraucherschutz – Richtlinie 93/13/EWG – **Missbräuchliche Klauseln** in Verbraucherverträgen – Art 1 Abs 2 – Anwendungsbereich der Richtlinie – Klausel, wonach sich die **örtliche Zuständigkeit** des Gerichts nach den allgemeinen Vorschriften bestimmt – Art 6 Abs 1 – Missbräuchlichkeitskontrolle von Amts wegen – Art 7 Abs 1 – Pflichten und Befugnisse des nationalen Gerichts

#### [04.04.2019, Rs C-501/17, Germanwings](#)

Vorlage zur Vorabentscheidung – **Luftverkehr** – Verordnung (EG) Nr 261/2004 – Art 5 Abs 3 – **Ausgleichsleistungen** für Fluggäste im Fall der Nichtbeförderung und bei Annullierung oder großer **Verspätung** von Flügen – Geltungsbereich – Befreiung von der Ausgleichspflicht – Begriff ‚**außergewöhnliche Umstände**‘ – Beschädigung des Reifens eines Flugzeugs durch einen Fremdkörper auf dem Rollfeld eines Flughafens

#### [04.04.2019, Rs C-558/17 P, OZ / EIB](#)

Rechtsmittel – Öffentlicher Dienst – Personal der Europäischen Investitionsbank (EIB) – **Sexuelle Belästigung** – Untersuchung im Rahmen des Programms ‚**Dignity at work**‘ – Zurückweisung einer Beschwerde wegen Mobbings – Antrag auf Aufhebung der Entscheidung des Präsidenten der EIB, die Beschwerde zurückzuweisen – **Schadensersatz**

#### [04.04.2019, Rs C-699/17, Allianz Vorsorgekasse](#)

Vorlage zur Vorabentscheidung – Öffentliche Aufträge – Abschluss von Verträgen zum Beitritt zu einer **Betrieblichen Vorsorgekasse**, die mit der Verwaltung von Beiträgen zur betrieblichen Mitarbeitervorsorge betraut ist – Abschluss, der von der Zustimmung der Arbeitnehmer oder ihrer Vertreter abhängt – Richtlinie 2014/24/EU – Art 49 und 56 AEUV – Grundsätze der **Gleichbehandlung** und der Nichtdiskriminierung – **Transparenzgebot**

### B. SCHLUSSANTRÄGE

#### [03.04.2019, Rs C-654/17 P, Bayerische Motoren Werke und Freistaat Sachsen / Kommission \(GA Tanchev\)](#)

Rechtsmittel – **Beihilfe** mit regionaler Zielsetzung zur Förderung großer **Investitionsvorhaben** – Beihilfe Deutschlands für ein Vorhaben von BMW zur Herstellung von **Elektrofahrzeugen** in Leipzig – Beschluss, mit dem die Beihilfemaßnahme für mit dem Binnenmarkt teilweise unvereinbar erklärt wird – Angemessenheit der Beihilfe – Verordnung (EG) Nr 800/2008 – Streithilfe vor dem Gericht

#### 03.04.2019, Rs C-722/17, Reitbauer ua (GA Tanchev)

Vorlage zur Vorabentscheidung – Raum der Freiheit, der Sicherheit und des Rechts – Verordnung (EU) Nr 1215/2012 – Gerichtliche **Zuständigkeit** und Anerkennung und Vollstreckung von Entscheidungen in Zivil- und Handelssachen – Besondere Zuständigkeiten – Art 24 Nrn 1 und 5 – Verteilung des Erlöses der **gerichtlichen Versteigerung** – Widerspruchsklage – Art 7 Abs 1 Buchst a – Begriff ‚Vertrag oder Ansprüche aus einem Vertrag‘ – **Gläubigeranfechtungsklage**

#### 04.04.2019, Rs C-686/17, Zentrale zur Bekämpfung unlauteren Wettbewerbs Frankfurt am Main (GA Saugmandsgaard Øe)

Vorlage zur Vorabentscheidung – Gemeinsame Marktorganisation – Obst und Gemüse – Kulturchampignons – Vermarktungsnormen – Ursprungsangabe – Begriff ‚**Ursprungsland**‘ – Ernteland – Verordnung (EG) Nr 1234/2007 – Art 113a Abs 1 – Verordnung (EU) Nr 1308/2013 – Art 76 Abs 1 – Begriffsbestimmungen betreffend den nichtpräferenziellen Ursprung von Waren – Verordnung (EG) Nr 2913/92 – Art 23 Abs 1 und 2 – Verordnung (EG) Nr 952/2013 – Art 60 Abs 1 – Delegierte Verordnung (EU) 2015/2446 – Art 31 Buchst b – Produktionsschritte, die in einem anderen Mitgliedstaat vorgenommen werden – **Etikettierung von Lebensmitteln** – Verbot einer zur Irreführung geeigneten Etikettierung – Richtlinie 2000/13/EG – Art 2 Abs 1 Buchst a Ziff i – Verordnung (EU) Nr 1169/2011 – Art 7 Abs 1 Buchst a – Art 1 Abs 4 – Art 2 Abs 3 – Aufklärende Zusätze

#### 04.04.2019, Rs C-47/18, Riel (GA Bot)

Vorlage zur Vorabentscheidung – Verordnung (EU) Nr 1215/2012 – Gerichtliche Zuständigkeit in Zivil- und Handelssachen – Anwendungsbereich – Art 1 Abs 2 Buchst b – Konkurse, Vergleiche und ähnliche Verfahren – Klage auf Feststellung des Bestehens einer Forderung zum Zweck ihrer Anmeldung in einem **Insolvenzverfahren** – Insolvenzverfahren – Verordnung (EG) Nr 1346/2000 – Art 41 – Inhalt einer Forderungsanmeldung – Höchstanforderungen – **Unvollständige Anmeldung** – Ableitung einer fehlenden Angabe aus den Belegen – Anwendungsvoraussetzungen des Rechts des Mitgliedstaats der Eröffnung des Hauptinsolvenzverfahrens

#### 04.04.2019, Rs C-104/18 P, Koton Mağazacılık Tekstil Sanayi ve Ticaret / EUIPO (GA Kokott)

Rechtsmittel – **Unionsmarke** – Verordnung Nr 207/2009 – Nichtigkeitsverfahren – Bildmarke mit den Wortelementen STYLO & KOTON – **Zurückweisung des Nichtigkeitsantrags** – Bösgläubigkeit

## **C. GERICHT**

Keine relevanten Urteile im Berichtszeitraum.

## **V. EUROPÄISCHER GERICHTSHOF FÜR MENSCHENRECHTE**

#### **04.04.2019, Beschwerde Nr 36538/17, G.S. / Bulgarien**

**Verletzung von Art 3 EMRK** (Folterverbot und Verbot unmenschlicher oder erniedrigender Behandlung); bevorstehende **Auslieferung** eines georgischen Staatsbürgers (Bf) von Bulgarien in den Iran; der Bf wurde des **Diebstahls** von EUR 50.000,-- beschuldigt; **keine Berücksichtigung** der bulgarischen Behörden, dass Diebstahl im Iran auch mit **Auspeitschung** bestraft werden kann; **Auslieferung** des Bf wäre daher **konventionswidrig**

[Newsletter ÖER Aktuell kostenlos abonnieren](#)

[Rundbrief Polizeirecht Aktuell kostenlos abonnieren](#)

## **DISCLAIMER**

**Bundesgesetzblatt:** BGBl I vollständig; im Übrigen erfolgt eine Auswahl nach den Forschungsschwerpunkten der Institute, Aktualität und Relevanz.

**Amtsblatt der EU:** Aufgenommen werden sämtliche „Gesetzgebungsakte“; bei den „Rechtsakten ohne Gesetzescharakter“ sowie den „Mitteilungen und Bekanntmachungen“ erfolgt eine Auswahl nach den Forschungsschwerpunkten der Institute, Aktualität und Relevanz.

**Verfassungsgerichtshof:** Erkenntnisse (mit Ausnahme von „Serien“) vollständig, bei den Beschlüssen erfolgt eine Auswahl nach Relevanz.\*

**Verwaltungsgerichtshof und Verwaltungsgerichte:** Auswahl nach Forschungsschwerpunkten der Institute (insb Baurecht, Energierecht, Gewerberecht, Hochschulwesen, Polizeirecht, Raumordnung, Technikrecht, Umweltrecht, Verwaltungsverfahren, Verwaltungsstrafrecht, Verwaltungsgerichtsbarkeit, Entscheidungen mit europarechtlicher Relevanz), Aktualität und Relevanz.

**Gerichtshof der EU:** Vollständige Auflistung der Urteile und Schlussanträge.\*

**Gericht der EU:** Aufgenommen werden sämtliche Urteile mit Österreich-Bezug sowie Nichtigkeitsklagen gem Art 263 AEUV.\*

**Europäischer Gerichtshof für Menschenrechte:** Urteile der Großen Kammer vollständig, Urteile und Beschlüsse einer Kammer mit Österreich-Bezug vollständig, sonstige Entscheidungen nach Aktualität und Relevanz.

\* Die amtliche Auswertung (Leitsätze) des jeweiligen Gerichts wird wörtlich übernommen.

## **IMPRESSUM**

**Herausgeber/Medieninhaber:** Institut für Europarecht, Institut für Verwaltungsrecht und Verwaltungslehre, Johannes Kepler Universität Linz, Altenberger Straße 69, A-4040 Linz.

**Redaktion:** Assoz. Univ.-Prof. Dr. Franz Leidenmühler, Univ.-Prof. Dr. Michael Mayrhofer (Leitung), Hofrat Dr. Alfred Grof (LVwG Oberösterreich), Univ.-Ass. MMag. Ranjana Achleitner, Univ.-Ass. Mag. Katharina Arnreither, Univ.-Ass. Mag. Nicole Traußner, Univ.-Ass. Mag. Marlene Haderer, Univ.-Ass. Mag. Sarah Heiml, Wiss.-Mit. Clara Buder.

**Hinweis:** Es wird darauf hingewiesen, dass alle Angaben im Newsletter ÖER Aktuell trotz sorgfältiger Bearbeitung ohne Gewähr erfolgen und eine Haftung der Herausgeber, der Redaktion oder sonstiger Personen ausgeschlossen ist.